

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
Sehr geehrte Frau Bundesminister,
Sehr geehrte Damen und Herren,

die geplanten Änderungen zum Tierschutzgesetz und zur 1.Tierhaltungsverordnung stellen wenige seit langem dringend geforderte Verbesserung im Sinne des Tierschutzes dar, sondern in manchen Punkten sogar eine Verschlechterung.

Laut Umfragen fordert die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung ein Verbot des Aussetzens von eigens für die Jagd gezüchteten Tieren und lehnt die in unserem Land noch immer übliche Ferkelkastration ohne Betäubung sowie das betäubungslose Schächten rigoros ab.

Ebenso ist die durch die vielen geplanten Ausnahmeregelungen de facto erlaubte dauernde Anbindehaltung von Rindern abzulehnen - mindestens 90 Tage Bewegungsfreiheit pro Jahr müssen **ausnahmslose** Minimalforderung sein!

Dass das Anbieten und Verkaufen von Hunden und Katzen in Tierhandlungen wieder gestattet werden soll, ist ein absoluter Rückschritt. Erstens wird dadurch eine unüberlegte Anschaffung (quasi im Vorübergehen, weil die Welpen sooo süß sind) gefördert und zweitens besteht die Gefahr, dass Jungtiere aus fragwürdigen ausländischen Zuchten, die derzeit illegal zu Dumpingpreisen „aus dem Kofferraum“ angeboten werden, dann in den Schaufenstern von Tierhandlungen landen. Wer soll/kann das überprüfen?

Ein enormer Rückschritt ist, dass das Katzenkastrationsgesetz durch die geplante Änderung der Zuchtverordnung §4Z14 ausgehebelt werden soll. Massenhaft werden Katzen im Internet angeboten, alle Tierheim sind voll,

unzählige Streunerkatzen leben im Elend, krank, verfolgt, unerwünscht. Wollen Sie wirklich mehr davon? Wollen Sie balkanähnliche Zustände?

Immer wieder brüsten sich unsere Politiker, dass unsere Tierschutzgesetze vorbildlich wären. Bis jetzt sind sie mittelwertig, andere europäische Länder sind uns vielfach voraus.

Bitte, überdenken Sie die geplante Novelle - folgen Sie dem Willen der Mehrheit der Österreicher!

Mit freundlichen Grüßen

Gertrude Hanzlik